

Atomwirtschaft

Die Atomenergie kostet die Bundesbürger bereits 258 Milliarden Euro Subventionen

Erste umfassende Bilanzierung der staatlichen Förderung von Atomenergie in Deutschland

Die Nutzung der Atomenergie in Deutschland kostete die Bundesbürger von 1950 bis 2008 mindestens 165 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln. Mindestens 92,5 Milliarden Euro an Ausgaben kommen künftig noch hinzu. Diese tatsächlichen Kosten der Atomenergie beziffert jetzt eine von Greenpeace beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegebene und Anfang September 2009 vorgestellte Studie. Dabei handelt es sich um die erste umfassende Bilanzierung der staatlichen Förderung der Atomenergie in Deutschland. Die in der Greenpeace-Studie bezifferten bisherigen realen Fördermittel von 165 Milliarden Euro set-

zen sich zusammen aus direkten Finanzhilfen des Bundes wie Forschungsförderung, Kosten für den Betrieb der Atom Müllendlager Asse II und Morsleben und die Stilllegung der ostdeutschen Atommeiler. Hinzu kommen Steuervergünstigungen, beispielsweise die Nichtbesteuerung bis 2006 im Vergleich zu anderen Energieträgern und budgetunabhängige Leistungen. Damit finanzieren die Steuerzahler jede Kilowattstunde Strom mit rund vier Cent zusätzlich zum Strompreis.

In ihren Subventionsberichten hingegen führt die Bundesregierung lediglich Atomsubventionen von weniger als 200

Millionen Euro auf. Greenpeace fordert die Bundesregierung auf, alle Subventionen für die Atomkraft offenzulegen und Fördermittel künftig nur noch für Erneuerbare Energien und effiziente Brennstoffnutzung auszugeben.

„100 Milliarden Euro Gewinn haben E.on, RWE, Vattenfall und EnBW allein seit 2002 gemacht. Es ist unerträglich, daß die Bundesregierung dennoch erhebliche Kosten und Risiken der Atomkraft übernimmt und die exakte Höhe der Subventionen auch noch verschleiert“, sagte Andree Böhling, Energie-Experte von Greenpeace.

Ursache für die enorme Differenz zwischen den von der Bundesregierung veröffentlichten und den tatsächlichen Fördergeldern ist der äußerst eng gefaßte Subventionsbegriff der Regierung, der unter anderem spezielle Steuervergünstigungen und budgetunabhängige Regelungen wie die Vorteile der Atomenergie durch staatliche Bürgschaften oder Strompreiserhöhungen

durch den Emissionshandel nicht berücksichtigt. Die Begünstigungen der Atomkraft lägen laut Studie noch weitaus höher, wenn die Betreiber der AKW vollständig für eine Haftpflichtversicherung im Falle eines nuklearen Unfalls aufkommen müßten, für sie also die gleichen Haftungsregeln gelten würden wie für andere Wirtschaftsbereiche. Dann wäre Atomstrom um bis zu 2,70 Euro pro Kilowattstunde teurer und damit weder bezahlbar noch wettbewerbsfähig. Eine exakte Bestimmung dieser externen Kosten ist aber schwierig und wissenschaftlich umstritten.

„Atomkraft rechnet sich nur für die Stromkonzerne, die die Bundesbürger gleich zwei Mal abkassieren – als Stromverbraucher und als Steuerzahler“, so Böhling. Greenpeace fordert einen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2015 und hat mit dem Energiekonzept „Klimaschutz: Plan B 2050“ aufgezeigt, wie dies umsetzbar ist.

www.greenpeace.de ●

Buchmarkt

Demokratie gegen den Machiavellismus der Machtpolitik

Francis A. Boyle: Bereits die Politik der atomaren Abschreckung ist ein Verbrechen.

„Ich bin wahrscheinlich der Einzige hier im Saal, der Atomkriegs-Erfahrungen hat.“ Er hoffe, daß er mit diesem Eingeständnis kein Staatsgeheimnis verrate. Das erklärte Willy Wimmer, von 1976 bis 2009 CDU-Bundestagsabgeordneter und von 1988 bis 1992 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, während einer Tagung „Frieden durch Recht?“, die am 26. und 27. Juni 2009 in der Berliner Humboldt-Universität statt-

fand. Sie war von der Juristenvereinigung IALANA und zahlreichen weiteren Organisationen, darunter die „Neue Richtervereinigung“ sowie die „RichterInnen und StaatsanwältInnen in der Gewerkschaft Ver.di“ veranstaltet worden.

Wimmer bezog sich dabei auf seine Teilnahme als „Verteidigungsminister Üb“ an der NATO-Übung WINTEX/FALLEX im Jahre 1986 im damaligen Atombunker („Dienst-

stelle Marienthal“) der Bundesregierung tief unterhalb der Weinberge nahe dem rheinland-pfälzischen Ahrweiler-Bad Neuenahr. Wie Wimmer weiter berichtete, habe im Verlaufe dieser NATO-Übung das NATO-Hauptquartier in Brüssel um Zustimmung der zuständigen deutschen Stellen zu einem Einsatz von Nuklearwaffen gegen Ziele in der damaligen DDR ersucht, unter anderem gegen Dresden und eine weitere ostdeutsche Großstadt. Er, Wimmer, sei von dieser Anforderung völlig überrascht worden und sei entsetzt gewesen. Er habe es abgelehnt, an der Planung eines Atomwaffeneinsatzes auf Ziele in Ostdeutschland und damit gegen die ostdeutsche Bevölkerung – wenn auch „nur“ übungsweise – mitzuwirken. In dieser Situation habe er sofort Kontakt mit dem

damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) aufgenommen und ihn von diesem für ihn unerhörten Vorgang in Kenntnis gesetzt. Bundeskanzler Kohl habe daraufhin entschieden, daß sich die Vertreter der Bundesregierung sofort aus der weiteren Übung zurückziehen und sich keinesfalls an diesen nuklearen Planspielen gegen Ziele wie Dresden und andere ostdeutsche Städte beteiligen sollten. Deutschland habe, so Wimmer, deshalb seine weitere Mitwirkung an dieser NATO-Übung – vier Tage vor ihrem Ende – eingestellt. Die Übung sei dann – ohne deutsche Beteiligung – fortgesetzt worden. Niemand in der Öffentlichkeit habe davon etwas erfahren. In den Folgejahren habe es weitere WINTEX/FALLEX-Manöver der NATO gegeben, die im Regierungsbunker bei Ahr-